

Die Türkei im Jahr 2013 und ihr Verhältnis zu Europa

Dr. Gunther HAUSER

Türkei – auf dem Weg in die EU?

Als Premierminister einer ökonomisch aufstrebenden Nation hatte Recep Tayyip Erdoğan angekündigt, dass sich die Türkei nach Asien orientieren und den „Shanghai Cooperation Organization (SCO)“ beitreten könnte – einer Organisation von China, Russland und zentralasiatischen Staaten. Dieser Fall könnte eintreten, falls sich der Beitrittsprozess seines Landes nicht beschleunigen sollte. So versuchte Erdoğan, den Druck für eine Fortsetzung der EU-Beitrittsverhandlungen zu erhöhen. Erdoğan hatte vor seiner Ankündigung Russlands Präsidenten Wladimir Putin um Aufnahme der Türkei in die SCO gebeten: *„Dann sagen wir der EU auf Wiedersehen.“*¹ Wenige Wochen nach Erdoğan's Druckausübung mehrten sich politische Stimmen in Brüssel, Berlin und Paris, noch bis Juli 2013 ein weiteres Kapitel in den EU-Beitrittsverhandlungen zu eröffnen. EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy reiste Ende Mai 2013 nach Ankara, um Erdoğan persönlich zu Gesprächen nach Brüssel einzuladen. Die irische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2013 drängte darauf, am 26. Juni nach jahrelangem Stillstand in den Gesprächen mit Ankara ein weiteres Kapitel – jenes zur Regionalpolitik – zu verhandeln. Die USA setzt sich bereits seit Jahrzehnten für eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU ein. Für eine EU-Mitgliedschaft am Ende langer Beitrittsverhandlungen gibt es für die Türkei jedoch nach Ansicht des schwedischen Außenministers Carl Bildt keinen Automatismus: *„Nichts wird geschenkt im Leben“*, betonte Bildt: *„Es erfordert einen fortlaufenden Reformprozess in der Türkei und eine weiterhin offene Haltung der Europäischen Union“*, fügte Bildt hinzu.² Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach sich Ende Februar 2013 grundsätzlich für eine Wiederaufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aus, das Ziel einer Vollmitgliedschaft lehnt sie jedoch weiterhin ab. Österreichs Außenminister Michael Spindelegger konnte sich einen Dialog über Fragen der Grundrechte und Justiz vorstellen: Durch die Eröffnung dieses Kapitels 23 könnte diese Problematik formal auf den Tisch gelegt werden. Die Außenminister Emma Bonino (Italien) und Laurent Fabius (Frankreich) hegten große Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer baldigen Annäherung. Im März 2013 hatte die türkische Regierung das EU-Mitglied Zypern in scharfer Form gewarnt, die zyprische Finanzkrise mit einem Verkauf von Gasvorkommen bewältigen zu wollen. Die Türkei sei entschlossen, ihre Rechte und die Interessen der türkischen Zypriern auf der geteilten Insel zu schützen, teilte das türkische Außenministerium mit. Die Idee, Werte aus Bodenschätzen der Insel in einen Rettungsfonds einzubringen, *„ignoriert grundlegende Rechte der türkischen Zypriern, die Mitbesitzer der Insel sind“*, so das Ministerium.³ Seit 2010 stehen die EU-Gespräche mit der Türkei still, dieser Stillstand ist für alle Seiten unbefriedigend. Die vom EU-Ratsvorsitz Irland (1. Halbjahr 2013) angestrebte Fortsetzung der Beitrittsgespräche war für Juni geplatzt und sollte wieder im Herbst – unter entsprechenden Voraussetzungen – unter der EU-Präsidentschaft Litauens aufgenommen werden. Über 50 Jahre dauert nun der Annäherungsprozess der Türkei an die EU. Ein EU-Beitritt rückt jedoch in weite Ferne. Für die Eröffnung jedes Beitrittskapitels ist

¹ Susanne Güsten, „Dann sagen wir der EU auf Wiedersehen“, in: Die Presse, 31.01.2013, S. 1.

² Schweden sieht keinen Automatismus für türkische EU-Mitgliedschaft, Die Zeit Online, 6.01.2013, abgerufen am 9.01.2013.

³ Türkei warnt vor Griff auf Gasvorkommen, in: Salzburger Nachrichten, 25.03.2013, S. 5.

unter allen EU-Mitgliedstaaten Einstimmigkeit erforderlich. Im Jahr 1959 beantragte Ankara die Assoziierung mit der EWG und suchte 1987 um EG-Mitgliedschaft an. 1996 wurde die Türkei Mitglied der Zollunion. 1999 gewährten die EU-Staats- und Regierungschefs dem Land den Status eines Beitrittskandidaten. Gleichzeitig mit Kroatien wurden im Jahr 2005 schließlich die Beitrittsverhandlungen gestartet. Bisher konnte jedoch nur eines von insgesamt 35 Kapiteln – jenes der Wissenschaft und Forschung – abgeschlossen werden.⁴ Dieser Schritt wurde im ersten Halbjahr 2006 während des österreichischen EU-Vorsitzes vollzogen. Aufgrund des ungelösten Zypernkonflikts hatte die EU 2006 acht zentrale Kapitel auf Eis gelegt: jene zum freien Warenverkehr, zum Niederlassungsrecht und zum freien Dienstleistungsverkehr, zu Finanzdienstleistungen, Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Zollunion sowie zu den Außenbeziehungen. Die Türkei weigert sich weiterhin beharrlich, das Freihandelsprotokoll mit Zypern anzuwenden.⁵ Mit der Unterzeichnung des Protokolls würde die Türkei den griechischen Teil Zyperns anerkennen, der zur EU gehört. Die Türkei will diesen Schritt erst vollziehen, wenn die EU die Handelsblockade gegen den türkischen Teil Zyperns aufhebt. Im zweiten Halbjahr 2012 waren die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU in diesem Zusammenhang auf Eis gelegt, als Zypern die EU-Präsidentschaft innehatte.

Gesellschaftliche Spannungen in der Türkei

Elf Jahre Erdoğan haben die überkommene Hierarchie sozialer Gruppen und kultureller Lebensstile in der Türkei grundlegend verändert.⁶ Seit Beginn der Republik 1923 „genoss eine autoritäre bürokratische Elite, die sich ethnisch-türkisch und streng säkular verstand, zahlreiche politische und materielle Privilegien. Sie konnte ihren verwestlichen Lebensstil zur Norm erheben, den öffentlichen Raum nach ihren Interessen gestalten und konkurrierende Identitäten wie die von konservativen Muslimen, Aleviten, Kurden und nichtmuslimischen Minderheiten politisch marginalisieren.“⁷ Seit 2003 verhalf Erdoğan mit der AKP einer neuen muslimisch-konservativen Elite zum Durchbruch und verdrängte die alte von der Macht.⁸ So versuchte die AKP „ihre eigenen Normen für die Gesamtgesellschaft verpflichtend zu machen und den öffentlichen Raum ihren Werten entsprechend zu arrangieren.“⁹ In diesem Kontext betreffen die Normen die strikte Regelung des Alkoholkonsums, eine Bildungsreform, die islamische Unterweisung größeren Raum gewährt, die konservative Neudefinition der Frauen- und Mutterrolle, die unablässige Betonung muslimischer Moralität in der Innenpolitik und islamischer Brüderlichkeit in der Außenpolitik sowie die Projektierung öffentlicher Bauvorhaben, die den osmanisch-muslimischen Charakter türkischer Städte hervorheben. Beispiele für Istanbul sind die neue, den Bosphorus überblickende Großmoschee, die Benennung der im Bau befindlichen dritten Bosphorusbrücke nach jenem osmanischen Sultan, der das Kalifat nach Istanbul brachte, und eben die geplante Wiedererrichtung jener spätosmanischen Kaserne im zentralen Park, an der sich die Proteste entzündet hatten.¹⁰ Damit einher geht auch die Abwertung konkurrierender Lebensstile. Das bekommen nun auch säkulare Mittelschichten zu spüren. Erdoğan liberalisierte die Gesetze seines Landes gegen viele Widerstände soweit, dass die Türkei mit der EU über eine Mitgliedschaft reden könne.

⁴ Anna Gabriel, Türkei verspielt Chance auf eine EU-Mitgliedschaft, in: Die Presse, 22.06.2013, Beilage Europa vertiefen, S. IV.

⁵ Ebenda.

⁶ Günter Seufert, Demonstrationswelle in der Türkei. Erdoğan hat den Zenit seiner Macht überschritten, SWP-Aktuell 38, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Juli 2013, S. 2.

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Ebenda.

In den letzten Jahren ließ Erdoğan jedoch „wie Nordkorea, Saudi-Arabien, China und der Iran das Internet durch staatliche Institutionen filtern“ – „zum Schutz der Kinder“, wie Erdoğan behauptete, und vor allem um gegen separatistische Tendenzen vorzugehen.¹¹ Von vielen Intellektuellen wird eine „schleichende Islamisierung“ der türkischen Gesellschaft geortet, seit die AKP an die Macht kam – einer ist der Pianist Fazıl Say, der im Oktober 2012 vor Gericht wegen Volksverhetzung nach § 216 des Strafgesetzbuches angeklagt wurde. Meinungsäußerungen können demnach „innerhalb der Grenzen von Information und Kritik“ hingenommen werden, doch die türkische Regierung zieht die Grenzen sehr eng, besonders, wenn es um den Islam geht.¹² Say twitterte in Anlehnung an ein Gedicht des persischen Dichters Omar Khayyam, der im 11. Jahrhundert lebte: „Ihr sagt, im Himmel fließen Bäche von Wein – ist das Paradies denn eine Kneipe für Euch? Ihr sagt, auf jeden Gläubigen warten zwei Jungfrauen – ist das Paradies denn ein Bordell?“ Zudem machte sich Say über einen Muezzin lustig, der es mit einem Gebetsaufruf sehr eilig hatte – der Mann habe demnach wohl zur Geliebten oder zur Schnapsflasche zurückkehren wollen, kommentierte Say. Einige seiner Kommentare waren lediglich weitergeleitete Beiträge anderer Twitter-Nutzer. Angeklagt aber wurde nur der als Regierungskritiker bekannte Pianist.¹³ Say wurde im April 2013 zu zehn Monaten auf Bewährung verurteilt. Aufgrund eines Formalfehlers wurde das Urteil aufgehoben, es soll ein neuer Prozess folgen.¹⁴ Als ein Istanbuler Professor und Berater der Stadtverwaltung den Teilnehmern regierungsfeindlicher Proteste im Juni vorwarf, von „Juden, Armeniern und Griechen“ unterwandert zu sein, und diese damit zu potenziellen Feinden des Staates erklärte, sah jedoch kein Staatsanwalt Anlass zum Einschreiten. Auch erklärte die Medienaufsicht RTÜK die im Fernsehen erhobene Forderung eines islamistischen Kommentators, hochschwangere Frauen seien so unansehnlich, dass sie nicht auf die Straße gehörten, als von der Meinungsfreiheit gedeckt.¹⁵

2013: Ein Jahr der Proteste in der Türkei

Anfang Juni begannen Proteste im Istanbuler Gezi-Park gegen die von Premier Erdoğan unterstützte Errichtung einer Replik einer Kaserne aus spätoomanischer Zeit, in der ein Einkaufszentrum einziehen sollte, auch wenn die Baupläne eine Verwendung dieser Replik offen ließen. Der Gezi-Park wurde von Demonstranten besetzt: „Überwiegend junge Leute wandten sich gegen Pläne, diesen mit der Nachbildung einer spätoomanischen Kaserne zu bebauen.“¹⁶ Ein nächtlicher, äußerst brutaler Polizeieinsatz zur Auflösung der Proteste führte zur spontanen Solidarisierung zehntausender Menschen in der gesamten Türkei, via Ankara, Izmir und Adana breitete sich die Protestwelle innerhalb weniger Tage über das ganze Land aus.¹⁷ Bis Mitte Juni hatten insgesamt 2,5 Millionen Menschen in 79 von 81 Provinzen der Türkei an Protesten gegen Regierungschef Erdoğan teilgenommen.¹⁸ Vizepremier Bülent Arınç drohte den Demonstranten Mitte Juni sogar mit dem Einsatz der Armee. Erdoğan bezeichnete die Demonstranten als eine von der alten bürokratischen Elite geleitete und vom Ausland unterstützte Aktion: „Wie in seinem früheren Kampf mit den Generälen setzt

¹¹ Inan Türkmen, *Wir kommen*, edition a, Wien 2012, S. 49.

¹² Susanne Güsten, *Türkische Justiz jagt „Islamfeinde“*, in: *Die Presse*, 8.08.2013, S. 8.

¹³ Susanne Güsten, *Pianist wegen Islam-Kritik vor Gericht*, in: *Die Presse*, 19.10.2012, S. 6.

¹⁴ Susanne Güsten, *Türkische Justiz jagt „Islamfeinde“*, in: *Die Presse*, 8.08.2013, S. 8.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Günter Seufert, *Demonstrationswelle in der Türkei. Erdoğan hat den Zenit seiner Macht überschritten*, SWP-Aktuell 38, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Juli 2013, S. 1.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Ebenda.

*Erdoğan seine Anhänger und Wähler mit der türkischen Nation gleich, überhöht das Prinzip der Mehrheitsherrschaft zum einzigen Kriterium für Demokratie und tut alles, um dem politischen Gegner jegliche Legitimation abzuspochen, ihn zum innenpolitischen Feind und Agenten der Auslands zu stempeln.“*¹⁹ Erdoğan sieht „in den Demonstranten nicht enttäuschte Bürger und Wähler ..., die er überzeugen kann, sondern Gegner, die er besiegen muss.“²⁰ Erdoğan hatte die Teilnehmer an den regierungsfeindlichen Protesten mit „erbärmlichen Nagetieren“ verglichen. Diese versuchten demnach, Löcher in das Schiff zu nagen, das alle 76 Millionen Türken trage.²¹ Am 11. Juni ließ Erdoğan den Taksim-Platz räumen, am 15. Juni auch den Gezi-Park. Vier Demonstranten waren bei den landesweiten Protesten gestorben, elf Menschen verloren ihr Augenlicht, bis zu 8.000 Menschen wurden verletzt.²² Die Erste Kammer des Verwaltungsgerichts kippte bereits am 6. Juni den gesamten von Erdoğan gewünschten Umbau des Taksim-Platzes mit dem Verweis auf Verfahrensfehler und Nichtbeachtung des geschützten Status des Gezi-Parks.²³

EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle forderte am 7. Juni eine Bestrafung der Verantwortlichen für den harten Polizeieinsatz. In den letzten 12 Jahren hatte die Türkei Tränengas im Wert von 21 Millionen US-Dollar von den USA und Brasilien importiert. Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach sich aufgrund der Ereignisse in Istanbul Ende Juni gegen eine Aufnahme von Beitrittsgesprächen aus. Der türkische Europaminister Egmen Bağış drohte Merkel daraufhin mit Konsequenzen, wenn sie ihren „Fehler bis Montag“ (gemeint war der 24. Juni) nicht ausbessere.²⁴ Melih Gökcek, Bürgermeister von Ankara und Parteimitglied der AKP, sagte in einem TV-Interview, er bereite eine Kampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland vor: „Es gibt 3,5 Millionen Türken in Deutschland.“ Die Bundesrepublik „sollte sich vorsehen“.²⁵ Gökcek warf Deutschland eine Einmischung in die türkischen Unruhen vor. Als Beispiel nannte er Davides Martello, der am Istanbuler Taksim-Platz Klavier spielte. Damit hätte der deutsche Pianist versucht, die Bevölkerung „aufzuhetzen“.²⁶ So rief Gökcek alle Türken auf, den Umgang mit Twitter zu erlernen. Gegen den US-Sender CNN startete Gökcek eine Twitter-Kampagne, weil dieser nach seinem Befinden für die Protestbewegung Partei ergriffen habe. Und in einem Interview forderte er ein Verbot der säkularistischen Oppositionspartei CHP, die er als Drahtzieherin der Proteste bezeichnete.²⁷ Im September 2013 flammten die Proteste gegen Erdoğan's Führungsstil wieder auf, erneut kam ein Demonstrant ums Leben, erneut lieferten sich Demonstranten und die Polizei in mehreren Städten Straßenschlachten.

Die Türkei und das Militär

Die Absetzung des ägyptischen Premiers Mohammed Mursi durch das Militär war für Erdoğan Anlass, im Juni 2013 seinen Urlaub an der türkischen Ägäisküste zu unterbrechen und zu einer Krisensitzung nach Istanbul zu fliegen. An dem dreistündigen Treffen nahmen u.a. Vizepremier Bülent Arinc, Außenminister Ahmet Davutoğlu und der Leiter des türkischen

¹⁹ Ebenda, S. 3.

²⁰ Susanne Güsten, Schwere Prüfungen für den „Meister“ Erdoğan, in: Die Presse, 12.09.2013, S. 6.

²¹ Erdogan nennt nun Protestler „Nagetiere“, in: Salzburger Nachrichten, 25.07.2013, S. 5.

²² Markus Bernath, Ankara könnte Urteil zum Gezi-Park vertuscht haben, in: Der Standard, 5.07.2013, S. 4.

²³ Ebenda.

²⁴ Christian Ultsch, Die Türkei ist nicht integrierbar, in: Die Presse am Sonntag, 23.06.2013, S. 1.

²⁵ Susanne Güsten, Ankaras Bürgermeister droht Deutschland: „Seht euch vor“, in: Die Presse, 28.06.2013, S. 5.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda.

Nachrichtendienstes, Hakan Fidan, teil.²⁸ Die türkischen Militärs haben seit 1960 bereits vier Mal demokratisch gewählte Regierungen entmachtet. Zuletzt drängten sie 1997 den islamisch-orientierten Premier Necmettin Erbakan, Erdoğan's politischen Mentor, aus dem Amt.²⁹ Erdoğan will mit einer Änderung des Militärgesetzes verhindern, dass ihm derartiges widerfährt. Artikel 35 des türkischen Militärgesetzes verpflichtet die Streitkräfte sowohl zur Verteidigung des Landes gegen eine Bedrohung von außen als auch zu Hütern der Republik und der Verfassung. Unter Berufung auf diese Wächterrolle übernahm das Militär 1960, 1971 und 1980 die Macht. Erbakan musste 1997 das Amt verlassen, nachdem er sich zuvor einem Ultimatum der Generäle widersetzt hatte. Kein Panzer rollte während dieses Prozesses, somit ging die Entmachtung Erbakans als „*postmoderner Coups*“ in die Geschichte der Türkei ein.³⁰ Erdoğan hatte stets die Macht der Militärs beschnitten, er berief sich auf Reformforderungen der EU, die wiederum den dominierenden Einfluss der Streitkräfte stets kritisierte. Aufgrund angeblicher Putschpläne wurden in den letzten Jahren Hunderte aktive und pensionierte Offiziere festgenommen und angeklagt, unter ihnen 72 Generäle. Im Sommer 2011 entschied Erdoğan auch eine Kraftprobe um die Beförderungen ranghoher Offiziere für sich. Die Führung der Streitkräfte trat daraufhin geschlossen zurück. Das Parlament sollte im Oktober 2013 die Änderung des Artikels 35 des Streitkräftegesetzes beschließen. Nach der Neufassung sollte das Militär nur noch für die Abwehr von „*Bedrohungen oder Gefahren aus dem Ausland*“ und die „*Sicherung des internationalen Friedens*“ zuständig sein.³¹ Nach rund fünf Jahren Prozessdauer verkündete ein türkisches Gericht am 5. August 2013 die Urteile gegen 275 mutmaßliche Mitglieder des Geheimbundes Ergenekon: Tatsächlich hatte eine „*Terrororganisation Ergenekon*“ existiert, stellte der Richter Hasan Hüseyin Özese zu Beginn der Urteilsverkündung klar. Erdoğan's Gegner warfen der Regierung vor, „*Ergenekon*“ nur „*erfunden*“ zu haben, um mit Strafverfahren Kritiker einzuschüchtern sowie um ihre „*islamistische Agenda*“ umsetzen zu können.³² Özese sah es als erwiesen an, dass Ergenekon einen Putsch gegen die Regierung Erdoğan geplant hatte. Um im Land für Chaos zu sorgen und einen Staatsstreich der Streitkräfte zu rechtfertigen, habe Ergenekon unter anderem einen Richter in Ankara ermorden lassen.³³ Den Angeklagten wurde vorgeworfen, auf einen gewaltsamen Sturz der AKP-Regierung Erdoğan's hingearbeitet zu haben. Ex-General Veli Küçük, eine der Schlüsselfiguren der Verschwörergruppe, wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Auch der frühere türkische Generalstabschef Ilker Basbug, der die Verschwörer gedeckt haben soll, befindet sich nun in lebenslanger Haft, gemeinsam mit 18 anderen Angeklagten. Gegen die meisten Angeklagten verhängten die Richter zehn bis 20 Jahre Haft, für manche sogar 50 Jahre.³⁴ Für 21 endete der Prozess mit Freispruch, 17 weitere Angeklagte wurden nach Anrechnung ihrer Untersuchungshaftzeiten sofort auf freien Fuß gesetzt.³⁵ Die Anklageschrift umfasste 2500 Seiten, das Beweismaterial füllte mehr als 39.000 Seiten. An 600 Tagen wurde verhandelt. Vor Gericht standen anfangs 86 Angeklagte, deren Zahl im Laufe des Prozesses auf 275 anwuchs.³⁶ Für dieses Verfahren wurde im

²⁸ Gerd Höhler, Erdoğan nimmt das Militär an die Kandare, in: Salzburger Nachrichten, 6.07.2013, S. 4.

²⁹ Ebenda.

³⁰ Ebenda.

³¹ Ebenda.

³² Susanne Güsten, „Sind bereit, für die Türkei zu sterben“, in: Die Presse, 6.08.2013, S. 4.

³³ Ebenda.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Gerd Höhler, Lebenslang für die Verschwörer, in: Salzburger Nachrichten, 6.08.2013, S. 4; und Susanne Güsten, „Sind bereit, für die Türkei zu sterben“, in: Die Presse, 6.08.2013, S. 4.

³⁶ Gerd Höhler, Lebenslang für die Verschwörer, in: Salzburger Nachrichten, 6.08.2013, S. 4.

Hochsicherheitsgefängnis von Silivri 50 Kilometer westlich von Istanbul eigens ein großer Verhandlungssaal gebaut. 66 der Angeklagten saßen in Untersuchungshaft, einige von ihnen seit rund fünf Jahren. Die lange Untersuchungshaft löste international, aber auch in der Türkei selbst Kritik aus. Drei Angeklagte starben während des Verfahrens.³⁷

Dieser Prozess war Teil des erbitterten Machtkampfes zwischen der islamisch-konservativen Regierung einerseits und der kemalistischen Elite und dem Militär andererseits. Begonnen hatte die Ergenekon-Affäre 2007, als Fahnder in einem Haus im Istanbul Stadtteil Ümraniye ein Waffenlager ausgehoben hatten. Die Waffen wurden der Ergenekon zugeschrieben, einer nationalistischen Untergrundorganisation, die seit Erdoğan's Amtsantritt 2003 auf den Sturz des Premiers hingearbeitet haben soll. Zu den Verschwörern gehörten Militärs, Anwälte, ein Polizeichef, ein pensionierter Direktor der türkischen Hochschulbehörde, Akademiker, Geschäftsleute, Oppositionspolitiker und Journalisten sowie ein Mafiaboss.³⁸ Nach der Aushebung des Waffenlagers wurden in den folgenden Monaten bei zahlreichen Razzien Verdächtige festgenommen und belastende Dokumente sichergestellt. Die Verschwörer sollen geplant haben, dutzende Prominente wie den Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk sowie bekannte Unternehmer und Politiker zu ermorden, gewalttätige Massenproteste zu inszenieren, Bombenanschläge zu verüben und einen bewaffneten Konflikt mit Griechenland zu provozieren. Für die Ausführung der geplanten Attentate hatte Ergenekon laut Anklage zwölf Spezialeinheiten ins Leben gerufen. Das Ziel sollte gewesen sein, die Türkei ins Chaos zu stürzen und so den Boden für einen Militärputsch zu bereiten.³⁹

Die Türkei, die Kurden und der Konflikt mit Syrien

Der inhaftierte PKK-Führer Abdullah Öcalan und die türkische Regierung hatten im Oktober 2012 Verhandlungen über ein Ende des jahrzehntelangen Konfliktes aufgenommen. So erkannte die Regierung in Ankara Öcalan als Verhandlungspartner an und vereinbarte im März 2013 mit ihm einen mehrstufigen Friedensprozess. Die erste Phase besteht aus einem Waffenstillstand und sollte den Rückzug aller PKK-Kämpfer in die Autonome Kurdenregion im Nordirak sicherstellen. Folglich forderte Öcalan von seinem Gefängnis auf Imrali aus zum Newroz-Fest am 21. März einen umfassenden Waffenstillstand und seine Guerilla-Armee auf, die Türkei zu verlassen.⁴⁰ In einer nächsten Phase sollen die Rechte der kurdischen Minderheit in der Türkei gestärkt werden. Dazu gehört das Recht auf Bildung in kurdischer Sprache. Zudem soll ein Anti-Terrorismus-Gesetz abgeschafft werden, das Verbindungen zur PKK unter Strafe stellt.⁴¹ Die PKK steht ebenso in den USA und der EU nach wie vor auf der Terrorliste. Nach drei Jahrzehnten Krieg (1984-2013), der ca. 40.000 Menschen das Leben kostete – scheint der Friede zwischen Kurden und dem türkischen Staat derzeit nahe. Aus Sicht des damaligen militärischen PKK-Chefs Murat Karayilan soll die EU nun die PKK von der Terrorliste nehmen: *„Wenn sie das nicht tut, bedeutet das, dass Europa nicht an einem Friedensprozess interessiert ist.“*⁴² Ein kurdischer Nationalstaat *„steht nicht auf unserer Agenda“*, so Karayilan. Die Demokratisierung der Türkei ist mit der Lösung der Kurden-Frage untrennbar verbunden. Bereits Mitte Juli 2013 warnte die PKK vor einem Scheitern des Friedensprozesses und verlangte eine rasche Umsetzung vereinbarter Reformen. Das sei als eine *„letzte Warnung“* zu verstehen gewesen. Zudem sind die Kurden *„in Syrien zwischen den*

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Türkei: Eine „Roadmap“ zum Frieden mit den Kurden?, in: Der Soldat, 10.04.2013, S. 2.

⁴¹ PKK warnt die Türkei, in: Die Presse, 20.07.2013, S. 8.

⁴² So der PKK-Chef Murat Karayilan im Interview mit Wieland Schneider: *„Wir wollen keinen kurdischen Nationalstaat“*, in: Die Presse am Sonntag, 23.06.2013, S. 7.

Fronten, zwischen den Truppen Assads, der al-Qaida und al-Nusra. Wir wollen aber keinen von ihnen, wir wollen nur unseren Frieden haben“, betonte der Bürgermeister der türkischen Kurdenmetropole Diyarbakir, Osman Baydemir.⁴³ Immer öfter gehen jihadistische Gruppen brutal gegen kurdische Milizen vor, aber auch gegen Zivilisten, und zwar auch mit aus der Türkei gelieferten Waffe: *„Sie reißen den Menschen die Köpfe ab und sagen dabei ‚Gott ist groß‘. Aber so etwas tut kein gläubiger Mensch, das hat nichts mit dem Islam zu tun*“, stellte Baydemir klar.⁴⁴

Als sich die Kämpfe in Syrien 2012 landesweit ausweiteten, erreichten Flüchtlingsströme aus Syrien und auch die Kämpfe selbst die türkische Grenze. Seit 3. Oktober 2012 erwiderten türkische Soldaten das Artilleriefeuer aus dem Nachbarland, nachdem erstmals türkisches Hoheitsgebiet getroffen wurde.⁴⁵ Die syrische Führung hatte jedoch betont, dass sie nicht beabsichtige, türkisches Territorium anzugreifen und hatte sich folglich für die „irrtümlichen Granateinschläge“ entschuldigt.⁴⁶ Nach diesem Schusswechsel erklärte die NATO daraufhin, dass sie der Türkei im Fall einer Verschlimmerung der Lage beistehen werde: *„We have all necessary plans in place to protect and defend Turkey if necessary*“, betonte Anders Fogh Rasmussen, Generalsekretär der NATO.⁴⁷ Am 10. Oktober 2012 zwangen zwei türkische F-16 einen Airbus A320 der Syrian Air aus Moskau-Vnukovo kommend zur Landung in Ankara. Es wurden darin illegale Waffenlieferungen nach Damaskus vermutet.⁴⁸ Mitte November 2012 hatte die türkische Luftwaffe nach den syrischen Luftangriffen in Ras al-Ain nahe der türkischen Grenze F-16-Kampfflugzeuge an die Grenze zu Syrien verlegt. Nicht zuletzt aufgrund der Bedrohung der Grenzstädte hatte die Türkei die NATO ersucht, Patriot-Raketenabwehrsysteme aus Deutschland, den Niederlanden und den USA nahe der Grenze zu Syrien zu stationieren. Die Patriots sollen aus türkischer Sicht nicht nur das NATO-Territorium gegen Luftangriffe und Raketenbeschuss schützen, sondern auch abschreckend auf das syrische Militär wirken.⁴⁹ Am 22. Dezember 2012 hatten jene drei bereits genannten Länder, die der Türkei ihre Patriotsysteme zur Verfügung stellen, grünes Licht für den Stationierungsort der Batterien gegeben. Dieser Schritt wurde sowohl auf Empfehlung der Türkei als auch in Koordination mit dem NATO-Oberbefehlshaber von Europa gesetzt. Noch im Januar 2013 wurden je zwei Batterien in Kahramanmanras aus Deutschland, in Adana aus den Niederlanden und in Gaziantep aus den USA stationiert. Die Systeme bleiben defensiv, eine Zuhilfenahme der Patriots zur Durchsetzung einer Flugverbotszone oder für offensive Maßnahmen wird seitens der NATO kategorisch ausgeschlossen. Die Patriotsysteme besitzen ausschließlich abschreckende Wirkung, zudem soll dadurch die Lage an der Südostgrenze der NATO deeskaliert werden.⁵⁰ Der formelle politische Beschluss zur Verlegung obiger Flugabwehrsysteme wurde schließlich beim Treffen der NATO-Außenminister Anfang Dezember 2012 in Brüssel getroffen. Auch diese betonten in ihrer Erklärung, dass die Verlegung eine ausschließlich defensive Maßnahme sei und damit die Solidarität des Bündnisses mit einem seiner Alliierten geübt werde.

⁴³ „Wir wollen nur unseren Frieden“, Interview mit dem Bürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, in: Die Presse, 17.09.2013, S. 4.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Burak Ege Bekdil/Umit Enginsoy, Syria Challenge May Force Turks To Review Procurement, in: Defense News, 15.10.2012, S. 21.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Susanne Güsten, „Könnten in den Krieg hineingezogen werden“, in: Die Presse, 23.11.2012, S. 8.

⁵⁰ NATO Spokesperson’s statement on the deployment of Patriot missiles to Turkey, Press release (2012) 156, Saturday, 22 December 2012.

Im Februar 2013 wurden die letzten der sechs Patriot-Raketenabwehrbatterien in der Türkei aufgestellt. Offizielles Ziel der NATO ist die Abwehr gegen mögliche Angriffe aus dem benachbarten Syrien. Das Raketenabwehrsystem, das sich auf sechs Patriots stützt, soll nach NATO-Angaben an die dreieinhalb Millionen Türken im Süden und Südosten des Landes vor Angriffen schützen und könnte ein Jahr lang auf türkischem Boden stationiert bleiben. Aufgrund der Unterstützung von Rebellen, die sich im Kampf gegen das syrische Regime von Bashar al-Assad befinden, durch die Türkei befürchtet die türkische Regierung mögliche syrische Angriffe durch Scud-Raketen, deren Sprengköpfe auch mit chemischen Kampfstoffen befüllt werden könnten. Eine Verkürzung sowie auch eine Verlängerung der Stationierungszeit wäre laut NATO-Angaben möglich.⁵¹ Zudem sollen die Patriots auch eine NATO-Radaranlage, die 2012 in Kurecik im Südosten der Türkei errichtet wurde, beschützen: diese Radaranlage könnte auch iranische Raketenstarts erfassen. Alle möglichen Bedrohungen durch ballistische Flugkörper sollen somit von der Türkei abgewendet werden, dies wurde auch seitens NATO-Quelle bestätigt. Der Auftrag der Radarstation in Kurecik liegt in der Frühwarnung und in der Erfassung von iranischen Raketenstarts, die sich gegen US-Verbündete, darunter auch Israel, richten können. Kurecik ist diesbezüglich direkt mit amerikanischen Schiffen im Mittelmeerraum verbunden.⁵²

Die Lage zwischen Syrien und dem NATO-Mitglied Türkei spitzte sich erneut am 10. Mai 2013 zu, als in der türkischen Stadt Reyhanli, die sich wenige Kilometer entfernt von der syrischen Grenze in der Provinz Hatay befindet, innerhalb von fünf Minuten zwei Autobomben vor dem Postamt und dem Rathaus gezündet wurden. 51 Menschen kamen dabei ums Leben. Laut Aussagen des türkischen Innenministers Muammer Güler war der Zweck der Anschläge, die „Region aufzumischen“. Die Polizei nahm neun Verdächtige fest, alle türkische Staatsbürger, die nach Angaben der türkischen Regierung Verbindungen zum syrischen Nachrichtendienst gehabt haben sollen. Die Regierung in Damaskus wies jedoch die Verantwortung in diesem Zusammenhang entschieden zurück.⁵³ Zwei türkische F-16 – diese sind auf der Luftwaffenbasis in Kurecik stationiert – hatten am 16. September 2013 einen syrischen Mi-17-Helikopter abgeschossen. Die Türkei behauptete, der syrische Militärhubschrauber sei zwei Kilometer in den türkischen Luftraum eingedrungen, die syrischen Piloten hätten Warnungen der Türken ignoriert.⁵⁴

Schlussfolgerungen

Die Türkei ist eine bedeutende eurasische Regionalmacht, in der sich die Anzahl der Befürworter einer Aufnahme des Landes in die EU verringert. Nur noch 33% sprechen sich für einen Beitritt der Türkei in die EU aus. Zu Beginn der Beitrittsgespräche im Oktober 2005 waren es noch 70%.⁵⁵ In den letzten 50 Jahren haben sich die Europäischen Gemeinschaften und die Türkei komplett gewandelt: erstere in die EU sowie die säkulare Türkei in eine islamisch geprägte Regionalmacht. Ökonomisch bietet sich für die kriselnde EU mit der Türkei ein dynamischer 75-Millionen-Einwohner-Markt an. Zudem hatte die Aussicht auf einen EU-Beitritt in der Türkei wichtige Reformen ausgelöst. Auf politischer Ebene wird

⁵¹ Burak Ege Bekdil, Patriots' Main Mission in Turkey: Protect NATO Radar, in: Defense News, February 18, 2013, S. 10.

⁵² Ebenda.

⁵³ Susanne Güsten, Die Spur der Bombenanschläge führt nach Syrien, in: Die Presse, 13.05.2013, S. 5; Fatma Kizilboga, Turkey under pressure after border town bombings, <http://www.france24.com/en/>, abgerufen am 17.05.2013.

⁵⁴ Turkey downs Syrian helicopter, claims it violates airspace, <http://rt.com/news/turkey-helicopter-downing-syria-937/>, abgerufen am 20.09.2013.

⁵⁵ Anna Gabriel, Türkei verspielt Chance auf eine EU-Mitgliedschaft, in: Die Presse, 22.06.2013, Beilage Europa vertiefen, S. IV.

noch viel diplomatisches Geschick nötig sein, um neues Vertrauen auf Basis einer offeneren Beziehung als heute zu schaffen. 2007 hatte sich Ankara selbst einen Zeitplan auferlegt. Bis 2013 sollten die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen werden. Zug um Zug wollte das Land die dafür notwendigen Reformen umsetzen. Ankara erkennt jedoch weiterhin das EU-Mitgliedsland Zypern diplomatisch nicht an und kann deshalb das in diesem Kontext verbundene EU-Recht nicht umsetzen. Diese Pattsituation wird von vielen EU-Regierungen als offizieller Grund genannt, warum (derzeit) kein Fortschritt mehr erzielt werden kann. Am 25. Juni 2013 hatten sich die EU-Außenminister zwar auf die Eröffnung eines neuen Beitrittskapitels mit der Türkei geeinigt, die offizielle Beitrittsverhandlung soll aber erst im Herbst nach dem Fortschrittsbericht der EU-Kommission und nach neuerlichen Beratungen der Außenminister stattfinden. Die tatsächliche nächste Beitrittsrunde mit Eröffnung des neuen Kapitels müsste im Herbst von den EU-Außenministern noch einmal einstimmig beschlossen werden.

Premier Erdoğan ist nach wie vor *„der Ministerpräsident, der wie kein zweiter in der 90-jährigen Geschichte der Republik Türkei Rückhalt in der Bevölkerung genießt.“*⁵⁶ Seit der Einführung des Mehrparteiensystems 1946 regiert seine Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) bisher am längsten ununterbrochen allein.⁵⁷ Durch die durch seine wirtschaftlichen Reformen ermöglichte Stärkung und Schaffung einer jungen selbstbewussten Mittelschicht in den Städten sowie durch die Zurückdrängung des Militärs im politischen Geschehen waren Massenproteste wie im Sommer 2013 erst möglich geworden. Der türkische Wohlstand ist in zehn Jahren der Regierung Erdoğan stark gestiegen: 2012 waren fast doppelt so viele Autos in der Türkei als 2003 angemeldet.⁵⁸ 1980 gab es in der gesamten Türkei nur 27 Kilometer Autobahn, bis 2023 sollen in der Türkei 4.773 Kilometer Autobahn errichtet sein.⁵⁹ Zwischen Istanbul und Ankara entsteht eine Hochgeschwindigkeitsstrecke, das erste Teilstück ist seit 2009 in Betrieb. 7.000 weitere Bahnkilometer sind geplant, die Züge sollen eine Geschwindigkeit von bis zu 450 km/h erreichen.⁶⁰

Für die Kommunalwahlen im März 2014 zeichnet sich ein neuer Sieg der AKP ab. Nur wenige Monate nach den Kommunalwahlen steht die Direktwahl des Staatspräsidenten an, die Erdoğan gewinnen will.⁶¹ Als Präsident müsste Erdoğan versöhnen, nicht polarisieren. Das Misstrauen in der Gesellschaft gegen ihn ist ziemlich groß. Zudem gibt es durch den Wohlstand auch in der Türkei einen Trend, der auch vor allem seit den 1970er Jahren in Deutschland und in Österreich spürbar wurde: mehr Autos, weniger Kinder. Die Regierung Erdoğan *„tut alles, damit es noch mehr (Anm.: Kinder) werden. Erdoğan hat die Türkinnen und Türken aufgerufen, im Bett wieder ein bisschen mehr ans Vaterland zu denken und mindestens drei Kinder auf die Welt zu bringen. Der Staat zahlt dafür eine Babyprämie.“*⁶²

Mit einem umfassenden Reformpaket möchte Erdoğan den Friedensprozess mit den Kurden neu beleben und den Christen mehr Rechte geben. Öcalans PKK-Kämpfer hatten im August/September 2013 aus Protest gegen das Ausbleiben rechtlicher Verbesserungen für die Kurden ihren Abzug aus der Türkei gestoppt. Um Bewegung in die Verhandlungen zu bringen, möchte Erdoğan die Sprachfreiheit der rund 12 Millionen Kurden stärken: So sollen Dörfer und Städte in Südostanatolien wieder ihre alten kurdischen Namen führen und

⁵⁶ Günter Seufert, Demonstrationswelle in der Türkei. Erdoğan hat den Zenit seiner Macht überschritten, SWP-Aktuell 38, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Juli 2013, S. 1.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Inan Türkmen, Wir kommen, edition a, Wien 2012, S. 32.

⁵⁹ Ebenda, S. 71.

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Susanne Güsten, Schwere Prüfungen für den „Meister“ Erdoğan, in: Die Presse, 12.09.2013, S. 6.

⁶² Inan Türkmen, Wir kommen, edition a, Wien 2012, S. 32f.

Lokalverwaltungen im Kurdengebiet ihre Dienste in kurdischer Sprache anbieten dürfen. Die Forderung nach Einführung eines kurdischen Erstsprachenunterrichts in den Volksschulen will Erdoğan jedoch nicht erfüllen. Offen ist, ob die im internationalen Vergleich sehr hohe Zehn-Prozent-Hürde für Parteien für einen Einzug ins Parlament gesenkt werden soll, was vor allem der legalen Kurdenpartei BDP nützen würde. Von einer möglichen Absenkung auf sieben Prozent war die Rede, was Erdoğan stets abgelehnt hatte. Weitgehend Klarheit besteht bei den Reformen für religiöse Minderheiten. Die Wiedereröffnung des seit 1971 geschlossenen Priesterseminars Halki bei Istanbul wäre ein Schritt mit hoher symbolischer Bedeutung, denn auch die EU fordert. In diesem Kontext sollten auch aramäische Christen ein gesetzlich garantiertes Recht auf Schulunterricht in ihrer Sprache erhalten – damit sollte Aramäisch, die Sprache Jesu, in ihrem Fortbestand gesichert werden. Hassparolen gegen religiöse Gemeinschaften sollten mit einem eigenen Gesetz geahndet werden. Da sich dies auch auf „Islamophobie“ bezieht, stellt sich hier besonders die Frage, ob damit noch mehr unbequeme Meinungsäußerungen unter Strafe gestellt werden sollen als bereits geschehen, wie kürzlich der Fall Say verdeutlicht hatte. Möglicherweise ist Erdoğan mit diesen Vorschlägen gewillt, vor den Kommunal- und Präsidentenwahlen 2014 gerade bei den eigenen Anhängern zu punkten. Das harte Vorgehen gegen regierungskritische Demonstranten in den vergangenen Monaten hat der AKP bei den Wählern offensichtlich nicht geschadet, sondern eher genützt: Nach Umfragen vom September 2013 liegt die AKP bei 52 Prozent und damit zwei Prozentpunkte über ihrem Wahlergebnis von 2011. Erdoğan plant auch, dass künftig Lehrerinnen, weibliche Parlamentsabgeordnete und Richterinnen das islamische Kopftuch tragen dürfen.⁶³ So sieht das am 30. September 2013 angekündigte „Demokratiepaket“ vor, dass es türkischen Beamtinnen künftig erlaubt sein wird, Kopftücher zu tragen.⁶⁴ Politisch und im Hinblick auf den Lebensstil bleibt die Türkei folglich weiterhin in drei Gruppen geteilt: Islamisten, Kurden und säkulare Türken.⁶⁵

Dr. Gunther Hauser ist Leiter des Referats Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie und seit 2006 Vizepräsident des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

⁶³ Susanne Güsten, Wie Erdoğan den Friedensprozess mit Kurden retten will, in: Die Presse, 17.09.2013, S. 4.

⁶⁴ Wieland Schneider, Erdoğan enttäuscht Kurden und Kemalisten, in: Die Presse, 1.10.2013, S. 10.

⁶⁵ So der Sänger und Schriftsteller Zülfü Livaneli im Interview mit Helmut L. Müller: „Erdoğan ist jetzt geschwächt“, in: Salzburger Nachrichten, 15.06.2013, S. 6.